

Ein unbekanntes Land Plädoyer für soziologische Neugierde. Ein Essay aus dem Jahr 1991

M. Rainer Lepsius

Am 24. September 2014 starb im Alter von 86 Jahren M. Rainer Lepsius, einer der großen Soziologen der Bundesrepublik Deutschland, Max-Weber-Herausgeber, Publizist, Lehrer und Rhetoriker. Lepsius hat sich Anfang der 1990er Jahre intensiv in Essays und Reden mit der Lage im vereinten Deutschland befasst – und mit der wissenschaftlichen Perspektive auf dieses neue Land. Sein eigenes Fach bezog er dabei wie immer in seine kritischen Betrachtungen ein.

Wir drucken mit freundlicher Genehmigung seines Sohnes Oliver Lepsius einen leicht gekürzten Essay aus dem Jahr 1991 – ein Dokument der frühen Vereinigungszeit und der wissenschaftlichen Neugier des Autors.

I. Alte und neue Fragen

Die „DDR-Forschung“, d. h. die Erforschung der DDR in ihrer Entwicklung und in ihrem tatsächlichen Funktionieren, ist keineswegs passé. Die DDR ist ein unbekanntes Sozialsystem, das auch von den Menschen, die in ihm lebten, zwar erfahren, aber nicht erkannt, nicht erklärt, nicht erforscht worden ist. Infolgedessen scheint es mir außerordentlich wichtig zu sein, die DDR-Forschung, die nun einen historisch abgeschlossenen Prozeß zum Gegenstand hat, sorgfältig, intensiv und mit großer Dringlichkeit zu entfalten. Wenn wir den Status quo nicht festhalten, können wir auch nicht wissen, von welchem Ausgangspunkt aus die Transformation zu beschreiben ist. Diese DDR-Forschung steht nun vor neuen Quellen und Daten, vor einer Fülle von Einzelfallstudien, Akten und Erfahrungen, die analysiert werden müssen, d. h. die Erforschung des Zerfalls und des Abbaus alter Strukturierungen und des Übergangs und Neuaufbaus zu neuen Verhaltensweisen und Wertorientierungen.

Doch das Aktuellere, das, was uns auf den Nägeln brennt und auch für die Politik Relevanz hat, ist die Transformationsforschung: Wie transformiert sich das DDR-System? Wie weit hat es sich schon transformiert? Die Geschwindigkeit ist gewaltig, auch in der Selbstwahrnehmung der Bevölkerung. Der Zeitraum von Oktober vorigen Jahres bis März dieses Jahres, von März bis Juli dieses Jahres, von Juli bis Ende des Jahres 1990, immer bloß wenige Monate, sind im Grunde historisch komplexe, einzigartige Epochen in der Selbsterfahrung der Menschen und in der institutionellen Ordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Vergleichende Deutschlandforschung bedeutet: Die DDR-Forschung muß in einen Bezug und einen Vergleich mit der Situation der Bundesrepublik gestellt werden. Transformationsforschung bedeutet heute immer auch eine vergleichende Erforschung der Entwicklung der Bundesrepublik. [...]

II. Experiment Vereinigung

Wir haben in den Ländern der ehemaligen DDR eine einzigartige experimentelle Situation, in der das gesamte Institutionen- und Rechtssystem schlagartig ausgetauscht wird, aber die Mentalitäten, die eingeübten Verhaltensweisen und die subjektiven Befindlichkeiten zunächst weiterbestehen. Jetzt können wir sehr viel schärfer als sonst die relative Bedeutsamkeit von Institutionen feststellen,

insbesondere von Rechtssystemen in ihrer relativen Autonomie gegenüber den sozialisierten Wertbeziehungen der Personen, die diesen Rechtsnormen plötzlich unterliegen.

Daß die Institutionenbildung der politischen Kulturformierung vorausgeht, kennen wir ja schon aus der Bundesrepublik. Die Bundesrepublik wurde 1948 schlagartig mit dem System der Marktwirtschaft konfrontiert und zwischen 1946 und 1949 mit einem demokratischen Institutionensystem ausgerüstet. Die Mentalitäten waren damals noch überwiegend postfaschistisch oder präfaschistisch undemokratisch. Aufbauwille und Lernbereitschaft waren groß, aber nur langsam entwickelte sich eine demokratische politische Kultur. Die Masse der Bevölkerung wurde erst demokratisch durch Gewöhnung und Effizienz der normativ durchgesetzten Wertbeziehungen der Institutionen.

Jetzt haben wir erneut eine vergleichbare Situation für die DDR. Marktgesetze, Verfahrensordnungen, Normstrukturen funktionieren ohne „Ansehen der Person“ ihrer „äußeren Lebensstellung“ und ihres „inneren Lebensschicksals“, wie Max Weber dies nannte. Aber die Ordnungen der Institutionen bestimmen Handlungsoptionen, schließen andere aus, verstärken bestimmte Wertorientierungen und kanalisieren die Chancen, Ziele zu erreichen. Die Menschen aus der ehemaligen DDR kennen den „Geist der Gesetze“ noch nicht und sind mit den Verfahrensordnungen noch nicht vertraut. Zwischen den Zielen und den Wegen zu ihrer Erreichung besteht noch ein unklares Verhältnis, die Menschen sind daher verhaltensunsicher. Für die Legitimation der neuen Institutionen gibt es zwar einen Vertrauensvorschuß, der über die Zeit durch die Anerkennung ihrer Effizienz und Wertbezogenheit noch eingelöst werden muß. Das Funktionieren der Institutionen prägt auf Dauer auch die politische Kultur. Zunächst aber bestehen diese Institutionen in relativer Abkopplung von der individuellen Lebenserfahrung und biographischen Identitätsformung der Menschen, und dies um so mehr, als diese von dem so andersartigen Institutionensystem des SED-Staates geprägt wurden. Jedes soziale System erfordert große Leistungen der Individuen zur Sinnstiftung angesichts der Irrationalitäten der eigenen Lebenserfahrungen innerhalb der Systembindung.

Im Falle der Bevölkerung der ehemaligen DDR haben wir es mit einer nach Generationen gestuften doppelten Verarbeitung von Irrationalitätserfahrungen in Bezug auf das neue Institutionensystem und in Bezug auf das Institutionensystem des SED-Staates zu tun. Wie verknüpfen sich „Systemwelt“ und „Lebenswelt“ für sie? Wie haben sie unter den Bedingungen des funktionierenden SED-Staates gelebt? Welche Formen von kognitiven Dissonanzen sind typischerweise aufgetreten, wie wurden sie neutralisiert, verdrängt, überformt?

Auch die westliche Gesellschaft überläßt große Problembereiche der Bewältigungskapazität der Individuen, vielleicht mehr als dies der sich entlegitimierende SED-Staat getan hat. Ein Großteil dessen, was wir heute als „Frauenfrage“ thematisieren, der große Problembereich, der mit Arbeitslosigkeit, Behinderungen und objektiven oder subjektiv empfundenen Diskriminierungen zu tun hat und die sich daraus bildenden „Minderheiten“, „Randgruppen“ und „Problemfälle“ – um nur einiges beispielsweise zu nennen. Für die Bevölkerung aus der ehemaligen DDR fallen zwei strukturbedingte Formen kognitiver Dissonanzbildung zusammen und erfordern neue und typische Muster der Dissonanzbewältigung. Rechts- und Verfahrensordnungen treten in einer solchen Situation in einer sonst nicht gleichermaßen erkennbaren Schärfe als Strukturierungen von Verhaltensweisen, Anspruchszielen und kognitiven Konstruktionen der Lebensplanung und der sozial-moralischen Selbstbestimmung hervor. Mit dem Systemwandel verbinden sich nicht nur empirische Forschungsaufgaben, theoretische Problemstellungen neuer Art drängen sich auf.

III. Was tun?

Man muß die in der DDR entwickelte Sozialwissenschaft sichern und erhalten, nicht abbauen und ausgliedern. Man muß dabei keine anderen Maßstäbe moralischer Integrität anlegen, als wir sie 1946/48 gegenüber den Hochschullehrern

in der späteren Bundesrepublik angelegt haben. Alles andere würde mir, als jemandem, der diese Zeit zu seiner eigenen Biographie rechnet, als eine unerträgliche Heuchelei erscheinen.

Die Lage der Soziologie ist eine etwas bessere als die der Politischen Wissenschaft, weil sich die Soziologie in der DDR auch mit dem Zusatz „marxistisch-leninistisch“ mühsam vom Marxismus-Leninismus ausdifferenziert hat. Mit der Präntention, Soziologie zu betreiben, verband sich eine spezifische, nachprüfbare Kompetenz, die sich zum einen auf die Methoden der empirischen Sozialforschung und zum anderen auf eine partielle Aneignung eines international ungefähr abgrenzbaren „Soziologie-Verständnisses“ gründete. Zu diesem internationalen Soziologie-Verständnis gehört selbstverständlich auch Marx als Soziologe.

Die Priorität verdienen jetzt soziologische Forschung und Lehre an den Universitäten; sie sind in der DDR im Hinblick auf ihr wissenschaftliches Potential notorisch unterentwickelt gewesen. Die drei Facheinrichtungen der Soziologie in der DDR, Berlin, Leipzig und Halle, sind schlecht ausgerüstet. Nach unseren Standards verfügt keine dieser Anstalten über ausreichende personelle und sachliche Hilfsmittel. Deswegen also nicht nur Erhalt, sondern Ausbau dieser drei Einrichtungen auf ein durchschnittliches bundesrepublikanisches Niveau; ich meine damit nicht gerade Bielefeld und erst recht nicht die Freie Universität Berlin. Neugründungen müßten sofort in die Wege geleitet werden, zumindest in Rostock und in Jena; an beiden Orten gibt es Ansätze. Dazu gehört die Frage nach der Zukunft der Soziologie an der Technischen Universität in Dresden und anderen Universitäten und Hochschulen. Hinzufügen möchte ich noch das Projekt einer Neugründung in Erfurt. Sollte es zustande kommen unter der vielleicht nur rhetorischen Fahne einer „europäischen Ost-West-Universität“, dann muß sofort dafür gesorgt werden, daß in dem Neugründungsprojekt Erfurt eine leistungsfähige sozialwissenschaftliche Einheit eingerichtet wird.

Was geschieht mit den relativ großen Personenkörpern in den Forschungsinstituten der Akademie der Wissenschaften in Berlin – der eigentlichen zentralen Forschungskapazität der DDR-Soziologie? Sie sind dem System der bundesrepublikanischen Forschungsförderung fremd und können im Prinzip nicht weitergeführt werden, da wir diese Akademiestruktur in der Bundesrepublik nicht haben. Personell könnte man versuchen, einen Teil dieser Forschungskapazität in die Universitäten zurückzuführen, insbesondere, wenn dort die Soziologie ausgebaut wird. Die gegenwärtige Konzentration in Berlin wird abgebaut werden müssen. Die Bundesrepublik kennt keine Metropolfunktion und nur wenige zentrale wissenschaftliche Institute für Dienstleistungen.

Nach den großen Forschungsaufgaben, die oben genannt wurden, entsteht ein erheblicher Bedarf an personellen und sachlichen Ressourcen. Um die Geschwindigkeit, Komplexität und Einmaligkeit der Prozesse, die ablaufen, auch nur erfassen zu können, bedürfte es der Koordination der Forschungskapazität der Soziologie im westlichen und östlichen Deutschland und einer erheblichen Ausdehnung der finanziellen Mittel. Dieses Projekt intellektuell so zu organisieren, daß es vernünftig ist, und die Kraft aufzubringen, es dann über fünf bis zehn Jahre durchzuführen, ist eine außerordentliche, anstrengende und zeitraubende Aufgabe. Dazu bedarf es neuer wissenschaftsorganisatorischer Strukturen und Mittel. Der Anteil der Sozialwissenschaft in der bundesrepublikanischen Forschungsfinanzierung beträgt seit Jahren nur wenige Prozente. Also: Wir müssen nach neuen Möglichkeiten suchen und angesichts der personellen Ressourcenknappheit in der Bundesrepublik auch das vorhandene Forschungspotential der DDR nutzen. Dies vollständig auszugliedern, wäre eine Personalvergeudung im Hinblick auf die bestehenden Forschungsaufgaben.

Im politisch-administrativen System muß die Überzeugung geweckt und gestärkt werden, daß diese Forschung wichtig ist. Für die Politikberatung ist die Sozialforschung in Teilen interessant, insbesondere die Wähler- und Meinungsforschung. An den vereinbarten institutionellen Vereinigungsregelungen waren die Sozialwissenschaften nicht beteiligt; die Entscheidungen sind rasch und politisch getroffen worden, primär unter rechtlichen und ökonomischen Kriterien.



M. Rainer Lepsius (1928–2014) war der Laudator bei der ersten Verleihung des A.SK Social Science Award des WZB. Er würdigte die wissenschaftliche Arbeit des Preisträgers Sir Anthony Atkinson bei der Preisverleihung im Dezember 2007. (Foto: David Ausserhofer)

Jetzt kommt es für die Soziologie darauf an, Informationen und Kriterien anzubieten, die für die Durchführung des Transformationsprozesses und die Bewältigung seiner Folgen politikrelevant sind. Ferner müssen wir überzeugend darstellen, daß die Beschreibung und Analyse des Transformationsprozesses ein für sich selbst wichtiger Beitrag zur Selbsterkenntnis und Selbstreflexion der deutschen Entwicklung ist – unabhängig von der unmittelbaren Politikrelevanz der Einzelbefunde.

Schließlich tragen auch die Sozialwissenschaften Verantwortung dafür, daß nach der verheerenden Geschichte Deutschlands in diesem Jahrhundert jetzt noch einmal die Analyse der eigenen Entwicklung im deutschen Namen erfolgt. Nach dem Ende des Nationalsozialismus haben wir das im Wesentlichen den Historikern überlassen. Jetzt, am Ende der DDR und des sie prägenden deutschen Kommunismus, stehen die Sozialwissenschaften – und insbesondere die Soziologie – vor einer Aufgabe, die sie nicht abweisen können. Diese Pflicht besteht auch gegenüber der internationalen „intellectual community“, die zu Recht erwarten darf, daß die Sozialwissenschaften in Deutschland ihren Beitrag zur Analyse des großen Systemumbruchs leisten, der am Ende der Geschichte des 20. Jahrhunderts steht.

Literatur

Lepsius, M. Rainer: „Ein unbekanntes Land. Plädoyer für soziologische Neugierde“. In: Bernd Giesen/Claus Leggewie (Hg.): *Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch*. Rotbuch Taschenbuch 35. Berlin: Rotbuch 1991, S. 71–76.

A.SK-Fellowships für Postdoktoranden

Das WZB vergibt wieder sechs- bis zwölfmonatige Forschungsstipendien für Postdoktoranden in den Sozialwissenschaften. Die von der A.SK Academic Foundation und deren Stiftern Angela und Shu Kai Chan finanzierten und weltweit ausgeschriebenen Fellowships werden vergeben für Forschungsprojekte, die beitragen können zu politischen und wirtschaftlichen Reformen. Es gibt keine festen Quoten für einzelne Disziplinen. Bestandteil des Fellowship ist in der Regel auch ein Forschungsaufenthalt am WZB. Bewerbungsschluss ist der 1. Februar 2015. Weitere Informationen zu den Fellowships und dem Bewerbungsverfahren finden Sie auf der WZB-Website (www.wzb.eu). Vergeben werden die Stipendien, die 2015 oder



Das chinesische Unternehmerehepaar Shu Kai und Angela Chan fördern nicht nur soziale Projekte, unter anderem in Lateinamerika, sondern auch sozialwissenschaftliche Forschung mit ihrer Stiftung A.SK Academic Foundation. (Foto: privat)

2016 angetreten werden können, am 10. Oktober 2015 im Rahmen der Preisverleihung des A.SK Social Science Award 2015.